



Das Oval Office: Seit 1909 ist es das Arbeitsbüro des Präsidenten. Der Teppich wird bei jedem neuen Amtsantritt neu gestaltet.

Foto: Reuters

gibt 45

benslänglich. **Tritt einer von ihnen zurück oder stirbt ein Richter im Amt, so nominiert der Präsident einen Nachfolger.** Allerdings muss der Senat der Nomination zustimmen.
Ein Präsident hat ein Veto-recht. Er kann damit jedes Ge-

setz blockieren. **Der Kongress braucht zwei Drittel der Stimmen, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen.**

Niemand weiss mehr über die Welt als ein amerikanischer Präsident. Er ist ein Super-Spion. **Nicht weniger als 16 Spionage-Abteilungen spähen und horten die Welt aus** – und informieren den Präsidenten über ihre Erkenntnisse.

Verstösst ein Präsident gegen Gesetze, so **kann der Kongress ein Amtsenthebungsverfahren einleiten.** Zuletzt widerfuhr dies Bill Clinton 1998, der unter dem Verdacht des Meineids stand. Ein Präsident verdient im Jahr

400 000 Dollar, umgerechnet 390 000 Franken. Hinzu kommen 50 000 Dollar Spesen, 100 000 für Reisen sowie 19 000 Dollar für Unterhaltung.

Er gehört zu einem sehr exklusiven Klub. Bisher gab es 44 US-Präsidenten. Am 20. Januar legt der 45. Präsident seinen Amtseid ab. Neben Obama leben noch vier weitere Ex-Präsidenten: Bill Clinton, George W. Bush (70), dessen Vater George H. W. Bush (92) und Jimmy Carter (92). **Ihr kurioses Machtmittel übten sie alle jeweils am Tag vor Thanksgiving aus:** Sie retteten einen Truthahn vor dem Schlachten.



Stellt sich gegen die Anschubfinanzierung: Ständerätin Brigitte Häberli-Koller.

Fotos: Philippe Rossier, EQ Images

Spitzen-CVP-Frau kippt Finanzierung von Tagesschulen



Keine Entlastung für berufstätige Eltern.

Die ständerätliche Bildungs-kommission will den Kantonen nicht helfen, Tagesschulen und Betreuungsplätze für schulpflichtige Kinder einzurichten. **Die vom Bundesrat vorgeschlagene Anschubfinanzierung von 100 Millionen Franken lehnte die Kommission am Montag ab.** Der Entscheid fiel denkbar knapp aus. Den Ausschlag gab – mit Stichentscheid – Kommissionspräsidentin Brigitte Häberli-Koller.

Damit hat ausgerechnet eine Spitzenpolitikerin der Familienpartei CVP dafür gesorgt, dass berufstätige Eltern nicht von den Betreuungskosten entlastet werden – und Mütter im Zweifelsfall zu Hause bleiben müssen. Die Thurgauer Ständerätin verteidigt sich: «Es gibt eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen», sagt sie. «Tagesschulen sind Sache der Kantone.» Wenn Schulgemeinden Tagesstrukturen schaffen wollten – was sie unterstütze –, sollten sie das selber tun.

Zudem wäre die Zusatzfinanzierung nur auf den ersten Blick eine Entlastung für die Kantone: «Nach drei Jahren müssten Kantone und Gemeinden die Kosten selbst schultern.» Angesichts des Spardrucks sei das Vorhaben des Bundesrats aber nicht nachhaltig. CVP-Familienpolitiker aus dem Nationalrat äussern Unverständnis über ihre Kollegin. **«In der Vernehmlassung hat sich die CVP hinter den Bundesrat gestellt», wundert sich die Zürcherin Barbara Schmid-Federer.** Sie werde davon kein Jota abweichen. «Zumal die Anschubfinanzierung eine der

wenigen konkreten Massnahmen der Fachkräfte-Initiative ist, mit der das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft werden soll.» **Auch andere CVPler sind verstimmt, halten sich aber bedeckt.** Sie hoffen, dass sich die Fronten im Ständerat klären und die 100 Millionen mit Hilfe der Ratslinken doch noch durchkommen. **Sermin Faki**

Das meint Blick

Sermin Faki
Bundeshausredaktorin
sermin.faki@ringier.ch

Familie statt Islamdebatte

«Wir kämpfen für das Wohl der Familien», steht im CVP-Parteiprogramm. Doch wird es konkret, lässt die Kampfeslust der selbsternannten Familienpartei nach. In der Bildungskommission hat jedenfalls eine CVP-Frau dafür gesorgt, dass es sich für Mütter weiterhin nicht lohnt, arbeiten zu gehen, weil die Kinderbetreuungskosten den Lohn fast auffressen. Und das, obwohl sich die Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf die Fahnen geschrieben hat. Das Nein mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu begründen, ist gewagt: Mit der seit 2003 laufenden Anschubfinanzierung wurden ebenfalls Betreuungsplätze für Kinder im Volksschulalter geschaffen – mit dem Segen der SVP.

Statt sich hinter pseudoföderalistischen Ausflüchten zu verstecken, täte die CVP unter Gerhard Pfister gut daran, nicht noch die letzten Stammwähler zu vergraulen. Familien brauchen konkrete Rahmenbedingungen – nicht abstrakte Islam-Debatten.

Arbeitgeberverband will Sommaruga ausbremsen Gegenvorschlag zu Frauenquote

In einem sind sich alle einig: Zuoberst in der Schweizer Wirtschaft hats zu wenig Frauen. Bei Massnahmen dagegen ist es vorbei mit der Einigkeit. **Die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (56) will eine Frauenquote. BLICK weiss, dass sie den Vorschlag in gut zwei Wochen dem Parlament unterbreiten will.** Ihr Vorschlag: Für Verwaltungsräte von börsenkotierten Firmen wird ein Frauenanteil von 30

Prozent vorgeschrieben, für die Geschäftsleitungen 20 Prozent.

Ihre Gegner werden bereits aktiv. Gestern stellte der Arbeitgeberverband sein neuestes Projekt vor: Es setzt an bei den Headhunters. Also jenen Vermittlern, die Top-Kandidaten den Firmenleitungen präsentieren. **Die Headhunter sollen einen Verhaltenskodex unterschreiben und versprechen, mehr Frauen zu empfehlen.** So wollen die Arbeitgeber den

kümmerlichen Frauenanteil von 16 Prozent in den Verwaltungsräten der 150 grössten Schweizer Firmen in den nächsten vier Jahren «deutlich» verbessern. **Kein Verwaltungsrat soll ein reiner Männer-Club bleiben – was derzeit bei immerhin 50 der Fall ist.** Die Arbeitgeber wissen, dass gemischte Gremien nachweislich besser arbeiten. Gleichzeitig soll ihr Projekt Sommarugas Plänen den Wind aus den Segeln nehmen. **Konrad Staehelin**

Anzeige

Der Heimat Sorge tragen.

Alte AKW sind ein untragbares Grossrisiko. Der älteste AKW-Park der Welt steht im dichtbesiedelten Schweizer Mittelland. Gebiete in 14 Kantonen liegen im Umkreis von 50 km um die Schweizer Kernkraftwerke und sind speziell gefährdet. Ihre Evakuierung wäre hoch problematisch.



am 27. November zum geordneten Atomausstieg bis 2029

geordneter-atomausstieg-ja.ch

